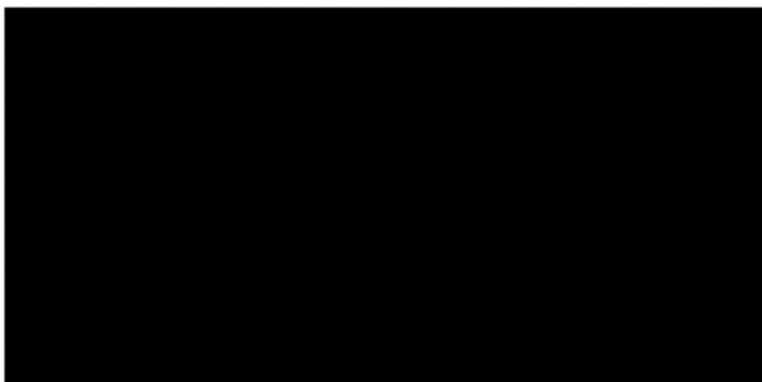


Ministerium für Inneres, Kommunales,
Wohnen und Sport | Postfach 71 25 | 24171 Kiel

Staatssekretärin



12. März 2025

Mein Zeichen: 8199/2025

Umsetzungsstand der Handlungsempfehlungen zur Bekämpfung von homosexuellen- und transfeindlicher Gewalt

Guten Tag Markus Apel,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 28.01.25 an den IMK-Vorsitzenden Bremen und die Länder-Innenministerien, mit dem Sie um Mitteilung des jeweiligen länderinternen Umsetzungsstandes der im Bericht enthaltenen Handlungsempfehlungen zur Bekämpfung von homosexuellen- und transfeindlicher Gewalt bitten.

Für Schleswig-Holstein entnehmen Sie bitte den derzeitigen Sachstand den nachfolgenden Ausführungen.

Zusammenarbeit mit (Opfer-) Beratungsstellen und LSBTIQ*-Selbstvertretungen

In Schleswig-Holstein hat sich bereits 2014 im Zuge des Landesaktionsplans „Echte Vielfalt“ das gleichnamige Bündnis „Echte Vielfalt“ gegründet. Die Netzwerkpartnerinnen und -partner finden sich regelmäßig am „Runden Tisch Echte Vielfalt“ zusammen. Koordiniert wird das Netzwerk seit dem 01. Juni 2018 durch die Geschäftsstelle Echte Vielfalt als zentrale LSBTIQ*-Netzwerkstelle in Schleswig-Holstein. Die Geschäftsstelle arbeitet in Trägerschaft von HAKI e.V. und wird gefördert durch das Ministerium für Soziales, Jugend, Familie, Senioren, Integration und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein. Die Landespolizei Schleswig-Holstein ist mit der Zentralen Ansprechstelle LSBTIQ* seit 2018 regelmäßig am Runden Tisch vertreten und seit 2022 offiziell dem Bündnis für Akzeptanz und Respekt beigetreten.

Das Landesdemokratiezentrum (LDZ) beim Landespräventionsrat Schleswig-Holstein, angesiedelt beim Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport, ist ebenfalls Mitglied im Bündnis und verantwortet unter anderem die Ausgestaltung einer nachhaltigen Beratungs- und Vernetzungsstruktur in den Bereichen Demokratieförderung sowie Extremismusprävention und -intervention. In diesem Rahmen wird die Vernetzung zwischen sicherheitsbehördlichen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren (darunter Betroffenenberatungen und LSBTIQ*-Selbstvertretungen) strukturiert gestärkt und intensiviert. Beispielhaft sind hier insbesondere zwei jährlich stattfindende Großveranstaltungen zu nennen: die Sitzung des Beratungsnetzwerkes gegen Rechtsextremismus und die Landesdemokratiekonferenz.

Darüber hinaus ist die spezialisierte Opfer- und Betroffenenberatung beim Zentrum für Betroffene rechter Angriffe (ZEBRA) e. V. eng mit LSBTIQ*-Selbstvertretungen vernetzt. Konkret fanden zurückliegend Vernetzungen im Rahmen eines Facharbeitskreises (queerfeindliche Gewalt) sowie Vorträge und gemeinsame Veranstaltungen mit entsprechenden Akteuren statt (z.B.: HAKI e. V.¹, Queer-Referat des AStA der CAU Kiel² und Queer Students Group Kiel³). Die Opfer- und Betroffenenberatung bei ZEBRA wird über das LDZ durch Landes- und Bundesmittel („Demokratie leben!“) gefördert. In den zurückliegenden Jahren erfuhr die Beratungsstelle kontinuierliche und deutliche Aufstockungen, die sich aktuell auch fortsetzen. So konnte die Fördersumme der Beratungsstelle von 2021 bis 2025 um rund 50 Prozent aufgestockt werden.

Durch ZEBRA werden Betroffene, Angehörige sowie Zeuginnen und Zeugen nach rassistischen, antisemitischen und anderen rechtsmotivierten Angriffen beraten. Dazu gehören unter anderem gezielte Sachbeschädigungen, Bedrohungen (auch digital), Nötigungen und tätliche Angriffe. Im Rahmen psychosozialer Beratung bietet ZEBRA professionelle Hilfe in Krisensituationen an. So helfen die Beraterinnen und Berater beispielsweise dabei, den Angriff zu verarbeiten und das Sicherheitsgefühl wiederherzustellen. Außerdem leisten sie Unterstützung bei juristischen und finanziellen Fragen. Sie informieren über rechtliche Möglichkeiten wie Anzeige, Nebenklage oder Opferschutz.

Auch die Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus (RBT) unter Trägerschaft der Aktion Kinder- und Jugendschutz e. V. und des AWO Landesverbandes Schleswig-Holstein e. V. tragen maßgeblich zur Vernetzung und Zusammenarbeit bei. In einem spezifischen Facharbeitskreis (FAK Queerfeminismus) werden beispielsweise landesweit Akteure miteinander vernetzt, um unter anderem die Instrumentalisierung queerfeindlicher Inhalte durch die extreme Rechte zu thematisieren und Handlungsempfehlungen zu entwickeln. Die RBT werden ebenfalls über das LDZ und somit über Landesmittel und das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ finanziert. Auch

¹ Die HAKI e.V. ist ein gemeinnütziger Verein im Bereich der Emanzipation geschlechtlicher Vielfalt, gleichgeschlechtlicher Lebensformen und vielfältiger sexueller Orientierungen mit einem landesweiten Angebot für Schleswig-Holstein sowie Angeboten mit einem Schwerpunkt in der Landeshauptstadt Kiel.

² Das Queerfeministische Referat des AStA beschäftigt sich mit Themen und organisiert Veranstaltungen, die Queerness, Antisexismus und Feminismus fördern und aktiv gegen Diskriminierung beitragen.

³ Hierbei handelt es sich um die queere Hochschulgruppe an der CAU in Kiel. Internetauftritt: <https://www.instagram.com/queerstudentsgroupkiel/>.

diese Beratungsstellen erfuhren in den zurückliegenden Jahren kontinuierlich bedarfsgerechte Aufstockungen.

Hinsichtlich des notwendigen Austausches der (Opfer-)Beratungsstellen und den Polizeibehörden ist neben einer auch fallbezogenen Vernetzung insbesondere eine kürzlich geschlossene Kooperation zwischen den Staatsschutzdienststellen der Landespolizei Schleswig-Holstein und ZEBRA zum gemeinsamen proaktiven Vorgehen bei Politisch motivierter Hasskriminalität zu nennen. Ein Erlass für die Landespolizei regelt bei vorliegender Einwilligung der Geschädigten derartiger Straftaten die Übermittlung entsprechender Daten durch die Polizei an ZEBRA. Eine kurzfristige Unterbreitung entsprechender Angebote für Beratung und anderer Unterstützungsleistungen soll so sichergestellt werden.

Einrichtung und Ausstattung von Ansprechstellen LSBTIQ* bei der Polizei

Bei der Landespolizei Schleswig-Holstein wurde 2018 die Zentrale Ansprechstelle LSBTIQ* im Landespolizeiamt eingerichtet. Diese ist personell hinterlegt mit einer hauptamtlichen Ansprechperson und derzeit 11 dezentralen Ansprechpersonen im Nebenamt (15%). Zur Unterstützung der hauptamtlichen Ansprechperson ist eine halbe Stelle Tarif vorgesehen.

Präventionsarbeit

Zum Zweck der Prävention und Vertrauensbildung ist die Ansprechstelle LSBTIQ* eng mit Akteurinnen und Akteuren der Community vernetzt und nimmt regelmäßig an entsprechenden Veranstaltungen teil. Im Jahr 2024 war die Ansprechstelle landesweit bei mehr als 30 Veranstaltungen, davon 10 CSDs, mit einem Infostand vertreten. Ganz aktuell finden Kooperationsgespräche mit VelsPol Schleswig-Holstein e.V. statt zur Zusammenarbeit bei der Anti-Hass-Kampagne „Stop the Hate“, die vom Landesdemokratiezentrum 2024 gefördert wurde.

Die Regionalen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus (RBT) beraten Menschen und Institutionen in Schleswig-Holstein, die Informationen zum Thema Rechtsextremismus oder Unterstützung im Umgang mit Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus und anderen Symptomen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit benötigen oder sich dagegen engagieren wollen. Neben Beratungen bieten sie im Rahmen ihrer Bildungsarbeit zudem Workshops, Fortbildungen und Vorträge für Jugendliche und Erwachsene an.

Fort- und Ausbildung der Polizei

Eine Anpassung der Inhalte in der Aus- und Fortbildung war nicht erforderlich, da diese bereits seit 2018 entsprechend der Handlungsempfehlung umgesetzt werden. Seit 2018 wurden alle Ausbildungsgruppen des mittleren und des gehobenen Dienstes für das Thema LSBTIQ* und Hasskriminalität sensibilisiert. Neben dem allgemeinen Basiswissen werden die Teilnehmenden auch für die Geschichte von Polizei und Community sensibilisiert (§175 StGB), erlangen Kenntnisse zur Hasskriminalität und wie diese zu erfassen ist. Mit den genannten Inhalten ist die Ansprechstelle LSBTIQ* auch in mehreren Lehrgängen der Fortbildung vertreten, wie z. B. dem Führungskräfte-Training, dem Lehrgang „Interkulturelle Kompetenz“ oder auch dem Staatsschutzlehrgang.

Statistische Erfassung und Dunkelfeldforschung

Die Sensibilisierung und der Kenntnisstand in Bezug auf das Thema Queerfeindlichkeit und deren Einordnung als Hasskriminalität haben in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Dieses wird nicht zuletzt deutlich anhand der stetig steigenden Fallzahlen. Das Konzept der Ansprechstelle kommt hier ganz deutlich zum Tragen. Das Dunkelfeld wird zunehmend erhellt einerseits durch ein steigendes Vertrauen von Community in die Polizei und damit eine erhöhte Anzeigebereitschaft und andererseits durch sensibilisierte Beamtinnen und Beamte, die durch Schulungen in der Lage sind, Hasskriminalität als solche zu erkennen. Als weiterer Fortschritt kann die Aufbereitung und eine damit einhergehende Transparenz der Fallzahlen genannt werden – so wurde das Phänomen der Queerfeindlichkeit im Verfassungsschutzbericht des Landes Schleswig-Holstein für das Jahr 2023 erstmals umfangreich dargestellt. Künftig wird dieser Phänomenbereich eine eigene Kategorie erhalten.

Das Zentrum für Betroffene rechter Angriffe (ZEBRA) e. V. führt seit 2017 ein systematisches und unabhängiges Monitoring durch. Die daraus resultierende Statistik beinhaltet Körperverletzungen, massive Sachbeschädigungen sowie andere Gewalttaten mit erheblichen Folgen, denen eine politisch rechte, rassistische oder antisemitische Motivation zugrunde liegt. Vorfälle können sehr niedrigschwellig auch online gemeldet werden.

Das Monitoring für Schleswig-Holstein basiert auf den Kriterien des Verbands der Beratungsstellen für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG). Demnach liegen den Zahlen direkte Kontakte mit den Betroffenen oder aber externe vertrauenswürdige Quellen zugrunde. Die Statistik von ZEBRA wird mit den Daten des Landeskriminalamtes abgeglichen.

